

KOMMENTAR



Von Joachim Ziebler

Das leise Drama

Die Apokalypse kann sich auch leise heranschleichen. Erst verstummt der Frühling. Es ist weniger Insektengebrumm zu hören und weniger Vogelgezwitscher. Und das längst nicht nur auf den verödeten agrarindustriellen Produktionsflächen, für die der Name „Äcker“ irgendwie wie aus der Zeit gefallen zu sein scheint. Sondern sogar in den Schutzgebieten. Eine Langzeitstudie bewies nun, dass in den besonders geschützten Rückzugsräumen nach 27 Jahren drei Viertel weniger Insekten auftreten. Das ist ein GAU in Zeitlupe. Er zeigt, dass das Konzept gescheitert ist, Tieren und Pflanzen inmitten der vom Menschen umgestalteten Welt ökologische Inseln anzubieten, von wo die Organismen sich wieder verbreiten sollten. Aber die Schutzgebiete bieten keinen Schutz.

Hauptursache scheint in diesem Fall mal nicht die Klimaerwärmung zu sein, sondern die Industrialisierung der Landwirtschaft. Monotone Flächen, kaum noch Hecken, reichlicher Pestizid- und Dünger-Einsatz bringen den Tod unter die Kerbtiere. Der bloße Fortpflanzungserfolg der Gattung Mensch raubt ihnen den Lebensraum, weil kaum ein Ökosystem unangetastet bleibt. Ameisen, Käfer und Hummeln mögen nicht so knuffig sein wie der Koalabär, doch sie sind ein weitaus gewichtigerer Dominostein. Dessen Fall riss bereits den nächsten Dominostein mit: Eine weitere Studie ergab, dass in zwölf Jahren die Zahl der Vogel-Brutpaare um Millionen schrumpfte. Pflanzen sind der nächste Dominostein, denn mit den Insekten wurden ihnen die Bestäuber geraubt.

Am Ende der langen Reihe von Dominosteinen steht der Stein der selbsternannten Krone der Schöpfung. Das größte Artensterben seit dem Ende der Dinosaurier wird am Ende auf die Art durchschlagen, die den Planeten wie einen Untertanen behandelt, obwohl sie auf ihm nur zu Gast ist.

ZITAT DES TAGES



„Niemand wird der Regierung von Katalonien in dieser Sache beistehen.“

Antonio Tajani  
EU-Parlamentspräsident

Größte Krise seit dem Putsch

Im Konflikt um Katalonien schüren die Hardliner die Auseinandersetzung, alle Augen richten sich nun auf König Felipe

VON EMILIO RAPPOLD

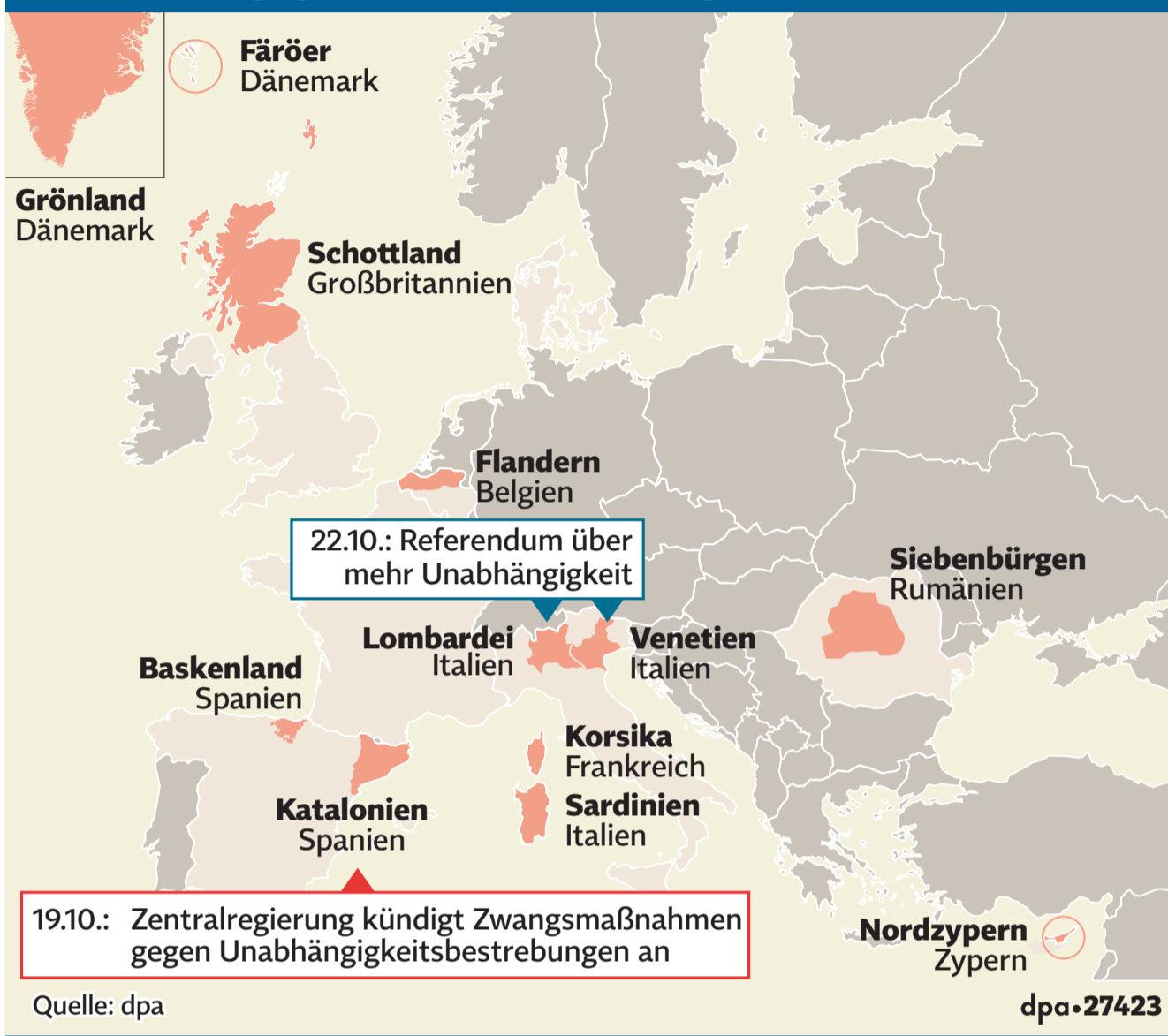
Barcelona/Madrid. Der katalanische Regierungschef hat es spannend gemacht. Bis kurz vor Ablauf des Madrider Ultimatums wartete Carles Puigdemont, bis er schließlich doch die von allen erwartete Antwort gab: Barcelona lässt sich nicht vom Kurs Richtung Unabhängigkeit abbringen. Die Retourkutsche der Zentralregierung kam prompt: Sie will die reiche Region im Nordosten mit Zwangsmaßnahmen im spanischen Staat halten.

Auf den von Puigdemont geforderten politischen Dialog lässt sich Ministerpräsident Mariano Rajoy gar nicht erst ein. Er verfolgt strikt die juristische Linie, dass sich die Führung in Katalonien mit ihrem Vorgehen über das Recht hinwegsetzt. Die Argumente dafür liefert ihm sein Rivale selbst. Gleich im ersten Satz von Puigdemonts Schreiben: „Das Volk von Katalonien hat in einem Referendum am 1. Oktober mit einem hohen Stimmenanteil die Unabhängigkeit beschlossen.“ Dabei hatte das Verfassungsgericht diese Abstimmung für rechtswidrig erklärt.

Lange haben die meisten Spanier den Konflikt als Provinzpose belächelt. Das ist vorbei. Es sei jetzt fünf vor zwölf, warnte am Donnerstag der katalanische Sozialistenchef Miquel Iceta. Der 57-Jährige – eine der gemäßigten Stimmen im Konflikt und für seine ausgewogenen Einschätzungen bekannt – trat nach den gegenseitigen Drohungen zwischen Madrid und Barcelona sofort vor die Journalisten. Er warnte vor einem „Desaster“. Noch gebe es ein wenig Zeit, sich auf Gespräche einzulassen.

Wie geht es weiter? Diese Frage beschäftigt alle, auf den Straßen, in Cafés und Büros in Mad-

Unabhängigkeitsbestrebungen in der EU



rid und Barcelona, aber auch in Valencia, Bilbao oder Málaga. Eine Antwort wagt niemand zu geben. Seit dem Ende der Franco-Diktatur (1939-1975) war Spanien noch nie in einer solchen Krise. Auch wenn manche die Situation mit dem berühmten „23-F“ vergleichen.

„23-F“, das war der 23. Februar 1981. Bei einem Putschversuch von Teilen der Guardia Civil und des Militärs stürmte Oberleutnant Antonio Tejero mit bewaffneten Hundertschaften abends in eine Parlamentsitzung. Das entschlossene Auftreten des damaligen Königs Juan Carlos nahm den Putschisten schnell den Wind aus den Segeln.

Viele blicken jetzt auf Juan

Carlos' Sohn und Nachfolger Felipe VI. Der König wird an diesem Freitag in der nordspanischen Provinzhauptstadt Oviedo bei der Verleihung der Prinzessin-von-Asturien-Preise sprechen, in Anwesenheit von Antonio Tajani, dem Präsidenten des EU-Parlaments. „Was Felipe morgen sagt, wird von entscheidender Bedeutung sein“, erwartet der stellvertretende Chefredakteur der Zeitung „El País“, Javier Ayuso. Allerdings hat der König in einer Ansprache nach dem Referendum in Katalonien vom 1. Oktober viele enttäuscht, die auf Anstöße zur Versöhnung gehofft hatten.

Puigdemont wiederum hätte das Ultimatum am Donnerstag

auch einfach verstreichen lassen können. Mit seiner Antwort kommt er jedoch den radikalen Kräften in den eigenen Reihen entgegen. Jetzt bleibt ihm kaum noch eine andere Option, als tatsächlich die Unabhängigkeit auszurufen.

Besonnene Stimmen haben es in diesen Tagen nicht leicht, Gehör zu finden.

Noch kurz vor Ablauf des Ultimatums rief der Generalsekretär der Linkspartei Podemos, Pablo Iglesias, beide Seiten dazu auf, nicht noch „mehr Holz ins Feuer“ zu werfen, sondern den Brand zu löschen. Der vernünftigste Weg wäre aus seiner Sicht eine geordnete Volksabstimmung in Katalonien mit Zustim-

mung der Zentralregierung.

Es gibt in Spanien noch Hoffnung, dass es nicht zur offenen Konfrontation, zur Inhaftierung von Spitzenpolitikern, zu Unruhen, einer Spaltung der Gesellschaft in Katalonien und schweren Schäden für die Wirtschaft kommt. Aber diese Hoffnung schwindet immer mehr, immer schneller.

Auch Rajoy wird von Hardlinern in den eigenen Reihen unter Druck gesetzt. Der ehemalige Regierungschef José María Aznar hat Rajoy aufgefordert, das Katalonien-Problem endlich mit harter Hand zu lösen oder aber seinen Platz im Moncloa-Palast zu räumen. Er habe zu viel Schwäche gezeigt.

Wenig Spielraum für Annäherung

Die Kanzlerin kann sich ohne Jamaika beim EU-Gipfel noch nicht festlegen

VON VERENA SCHMITT-ROSCHMANN

Brüssel.Lahme Ente trifft Überflieger? Auf Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ruhen in der EU große Hoffnungen – der deutsch-französische Motor soll den Wagen endlich wieder ziehen. Macron drängt ungestüm zu Reformen in Europa. Merkel kann sich aber vor der Koalitionsbildung in Berlin auf europäischer Bühne kaum festlegen. So werden alte Probleme dominieren.

Migration: Die große Krise der Jahre 2015 und 2016 ist vor-

erst vorbei – die Zahl der Flüchtlinge und Migranten ist stark zurückgegangen. Auch auf der Haupttroute über das zentrale Mittelmeer kamen im Sommer nach EU-Angaben 64 Prozent weniger Menschen illegal nach Europa als ein Jahr zuvor. Gründe sind das Vorgehen der libyschen Küstenwache gegen Flüchtlingsboote und die engen Drähte Italiens zu Partnern in Libyen, die Flüchtlinge frühzeitig stoppen sollen. Die EU spricht von einem Erfolg, den es nun zu sichern gelte.

In einem Entwurf der Gipfel-Erklärung wird die italienische Initiative ausdrücklich gelobt und unterstützt. Betont wird, dass mehr Menschen zurückgebracht werden sollen. Die Rede ist von „der Schaffung und Anwendung der nötigen Hebel“ einschließlich Entwicklungshilfe, Handel und Visa-Vergabe. Langfristig will man die Fluchтура-

chen in Afrika bekämpfen und dafür Geld einsammeln.

Türkei, Nordkorea, Iran: Der Entwurf bekräftigt die Zusammenarbeit mit der Türkei bei Flüchtlingsfragen. Auf Merkmals Wunsch hin sollen aber die Beziehungen insgesamt debattiert werden. Der im deutschen Wahlkampf geforderte Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit Ankara steht indes nicht an – Beschlüsse soll es nicht geben. In derselben Runde erörtern die Staats- und Regierungschefs auch die Nuklearkrise mit Nordkorea und den Streit über das von den USA in Frage gestellte Atomabkommen mit dem Iran.

Verteidigung: Die seit Jahren debattierte Verteidigungsunion scheint nun tatsächlich voranzukommen. Der Gipfel soll bestätigen, dass die sogenannte PESCO (Permanent Structured Cooperation oder Ständige Strukturierte Zusammenarbeit) zum Jahresen-

de startet. Ziel ist eine engere Verzahnung von Verteidigungsprojekten. EU-Mitglieder, die sich beteiligen wollen, sollen so schnell wie möglich ihre Anträge offiziell einreichen.

Digitales: Estland, das derzeit den Vorsitz der EU-Länder führt, hat die Digitalisierung zum Topthema gemacht. Beim Gipfel gefordert werden sollen digitale Behördendienste, einheitliche Regeln im Binnenmarkt, ein Ausbau des schnellen Internets, gemeinsame Schutzmaßnahmen gegen Cyberangriffe und Fortbildungen, um Arbeitnehmer fit für digitale Jobs zu machen. Streitpunkt dürfte die Initiative Deutschlands und anderer Länder zur Besteuerung der Geschäfte von US-Internetgiganten in Europa sein. Die Interessen der EU-Länder gehen auseinander.

Brexit: Der EU-Austritt Großbritanniens ist heute Thema eines getrennten Treffens der 27



Gegenüber EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker (l.) betonte Österreichs Wahlsieger Sebastian Kurz seine proeuropäische Ausrichtung. Foto: dpa

bleibenden EU-Staaten. Anders als ursprünglich geplant, werden sie noch nicht die Verhandlungen über das von London gewünschte Handelsabkommen einläuten. Aber die EU gibt trotz Unzufriedenheit ein Signal: Wenn es bis Dezember ordentlich vorangeht und man auch finanzielle Zusagen bekommt, könnte Phase zwei starten.